Neben der Gesundheitswoche der Reichen läuft die Volksaktionswoche zum „Fürstenentscheid".

Mindestens 2,6 Milliarden Volksvermögen beanspruchen die entthronten Despotenhäuser. — Sie wollen sich gesundmachen, während das Volk in Krankheit und Siechtum verkommt. Der Entwurf zur Fürstenenteignung sieht ausdrücklich vor, daß die ins Volkseigentum zurückführenden Werte für die genau benannten Geschädigtenkreise verwandt werden müssen.

Den 2,6 Millionen Erwerbslosen könnte man ein Jahr lang monatlich 83 Mark Zulage zu ihrer kargen Unterstützung gewähren.

Den 10 Millionen Kriegsbeschädigten könnte man während 26 Jahren durch Zinsendienst je 500 Mark Rentenaufbesserung zuweisen.

Den unter Wohnungsnot besonders leidenden Auslandsdeutschen (Heimkehrern) und den übrigen Opfern der Inflation könnte, wenn man ihre Zahl auf 1,2 Millionen schätzt, einen Wohnungsbauzuschuß von je 2170 Mark geben.

Den Landarbeitern, Kleinpächtern und Kleinbauern soll durch Schaffung von Siedlungsland auf den 2 Millionen preußischen Morgen (eine halbe Million Hektar) Landbesitz zu Tausenden die eigene Scholle zugewiesen werden, die Hindenburg vor der Offensive 1918 den Soldaten versprochen hat.

In den Schlössern und Wohnhäusern und staatlichen Gebäuden, die sich für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke eignen, könnten 2,6 Millionen Kinder oder Erwachsene während neun Jahren einen Monat lang sich erholen und ihre Gesundheit pflegen.

Um solche wirklich der Gesundheit dienende Ziele gilt es zu kämpfen. Die Geldmittel sind durch die gesteigerte Propaganda für den Sieg des Volksentscheides zu erobern. Dann wird die Fürstenenteignungskampagne zur wirklichen Volksgesundungs-Woche, der gegenüber die unverbindlichen oder abwegischen Reden der bürgerlichen Gesundheitswoche entlarvt und angeprangert werden müssen.

Die klassenbewußten und revolutionären Arbeiter werden unter der Führung der KPD. auch während des offiziellen Gesundheitsrummels Aufklärung in die Massen tragen und durch eigene Veranstaltungen das Wesen der kapitalistischen Krankheit, die Heilungsmöglichkeiten für das Proletariat durch Sozialisierung des Gesundheitswesens in einem Arbeiter- und Bauernstaat zeigen.

Kampf oder Unterwerfung?

Zum Konflikt im Kohlenbergbau Großbritanniens

Von A. Losowski.

Ob am 1. Mai der Riesenkampf der britischen Kohlenbergleute gegen die Grubenbesitzer ausbrechen wird, läßt sich jetzt noch schwer sagen. Es ist deshalb schwer zu sagen, weil die eintreffenden Mitteilungen äußerst widerspruchsvoll sind, und auch deshalb, weil in den letzten zwei bis drei Monaten eine gewisse Umgruppierung der Kräfte zwischen den kämpfenden Seiten eingetreten ist. Einerseits führt die gesamte englische Bourgeoisie, mit dem „außerhalb der Klassen stehenden" Mr. Baldwin an der Spitze, unter strenger Rollenverteilung einen hartnäckigen, erbitterten Angriff auf die Arbeiterklasse, wobei sie sich in ihrer Arbeit auf einen gewissen Teil der Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften stützt. Auf der anderen Seite gibt es eine ungenügend geschlossene, durch Zunft-, Korporations- und politische Gegensätze zerklüftete Arbeiterbewegung, **deren rechter Flügel zu einer Verständigung um jeden Preis drängt.**

Man muß der britischen Bourgeoisie Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ihr Angriff ist nach allen Regeln der Kunst ausgearbeitet. Nachdem Mr. Baldwin gezwungen war, im Juli des Vorjahres zurückzuweichen, wurde eine Königliche Kommission bestimmt, in der die Großbankiers und Industriellen das Uebergewicht hatten und die im Verlauf vieler Monate die Frage verarbeitete und studierte, wie die Bergarbeiter am besten im Rücken zu umgehen seien. Der kurze Sinn des langen Berichtes der Königlichen Kommission läuft auf folgendes hinaus: 1. Bodenablösung für 100 Millionen Pfund Pacht bei den Eigentümern des Bodens, in dessen Tiefe sich Kohle befindet. 2. Herabsetzung des Arbeitslohnes um ungefähr 10 Prozent. 3. Einstellung der staatlichen Geldunterstützung an die Grubenbesitzer. 4. Beibehaltung des jetzt bestehenden Arbeitstages. 5. Der Grundsatz der Nationalisierung wird abgelehnt.

Diese Vorschläge sind, wie wir sehen, voll und ganz gegen die Arbeiter gerichtet. Um was ging in der Tat der Streit? Der Streit ging die ganze Zeit um den Abschluß eines Reichstarifs, aber der Vorschlag der Königlichen Kommission sieht Revierabkommen vor, wobei an einzelnen Orten der Arbeitslohn um 20 und 30 Prozent herabgesetzt, an anderen Orten dagegen sogar ein Zuschlag festgesetzt werden kann, wenn nur im Durchschnitt ein Abbau um 10 Prozent erzielt wird. Dieser Plan hat zu seiner Aufgabe, **einen Keil in den Verband** der Bergarbeiter zu treiben, ein Revier gegen das andere aufzuhetzen und dadurch dem wichtigsten Teil des britischen Proletariats das Rückgrat zu brechen.

Diese Pläne der Königlichen Kommission, die die Billigung der Grubenbesitzer erhielten, wären für die Arbeiter nicht schrecklich, wenn die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien kräftig zusammengeschweißt wäre, und wenn an der Spitze der Arbeiterpartei nicht solche Freunde der „nationalen Interessen" stünden wie die Macdonalds, Thomas, Clynes u. Co. Kaum waren die ersten Mitteilungen über den Bericht der Kommission erschienen, so setzte auch schon die Arbeit dieser Agenten der Bourgeoisie ein, um die hartnäckig bleibenden Bergarbeiter dazu zu überreden, den Widerstand aufzugeben. Alles wurde in Gang gesetzt: sowohl der offene Angriff wie auch die Machinationen hinter den Kulissen und eine Reihe von besonderen Methoden, die unter den entarteten Parlamentariern der britischen Arbeiterpartei besonders gang und gäbe sind.

Diese hartnäckige Arbeit der offenen und heimlichen Freunde der britischen Grubenbesitzer trug in die Reihen der führenden Organe der britischen Gewerkschaftsbewegung Schwanken, Wanken und Unbeständigkeit hinein. Statt daß im Verlauf der letzten Monate das gesamte Proletariat Großbritanniens für den Konflikt des 1. Mai vorbereitet worden wäre, statt daß die gesamte propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit auf diesen gewaltigen Zusammenstoß der Klassen zugespitzt und die gesamte, viele Millionen zählende Arbeiterbewegung Großbritanniens auf die Beine gebracht worden wäre, statt all dessen gingen unoffizielle Beratungen vor sich, wurden in geschlossenen Sitzungen die Vorschläge der Rechten, nicht zu kämpfen, sondern zurückzuweichen, erörtert. Alle diese geschlossenen Sitzungen blieben natürlich kein Geheimnis für die britische Bourgeoisie, die überall und allerorts ihre Agenten hat. Dies ermutigte die Grubenbesitzer, und sie nahmen eine Reihe neuer Angriffe vor.

Alle aus Großbritannien kommenden Mitteilungen bezeugen, daß unter den Bergarbeitern höchste Empörung herrscht. Die Arbeitermassen wollen von Zugeständnissen nicht einmal etwas hören. Unter diesen Umständen ist der Kampf zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern unvermeidlich. Die Lage in Großbritannien ist jetzt derart, daß das Auftreten der Bergarbeiter allein ohne ernsthafte Unterstützung durch die größeren Gewerkschaften und durch den Generalrat des Britischen Gewerkschaftskongresses den Sieg nicht sichert, denn die Kräfte sind nicht gleich: Auf der einen Seite steht der Verband der Bergarbeiter, auf der anderen Seite stehen aber die gesamte britische Bourgeoisie, der gesamte Staatsapparat, Streikbrecherbanden aller Art usw. Werden die Eisenbahner, die Transportarbeiter und der Generalrat den Bergherren zu Hilfe kommen? Ein formelles Versprechen auf Unterstützung ist vorhanden, ob aber diese Unterstützung praktisch verwirklicht werden wird, ob die Transportarbeiter, die Eisenbahner (vergessen wir nicht, daß der Generalsekretär der Eisenbahner der berühmte Thomas ist) usw. einen Solidaritätsstreik veranstalten werden, läßt sich jetzt schwer sagen.

Hätten nicht in den letzten zwei bis drei Monaten der rechte Flügel der Arbeiterpartei und der rechte Flügel des Generalrats des Gewerkschaftskongresses eine zersetzende, demoralisierende, defaitistische Arbeit betrieben, hätten diese Anhänger einer Kapitulation nicht überall die „Unvoreingenommenheit" des Mr. Baldwin, die Annehmbarkeit des Vorschlages der Königlichen Kommission, die Nutzlosigkeit des Kampfes, den Vorteil, ohne Kampf ein wenig zu verlieren, statt im Kampf viel zu verlieren usw. hervorgehoben, so hätte die Bourgeoisie Großbritanniens am 1. Mai eine Lehre erhalten, die sie nicht so bald wieder vergessen hätte. Aber jetzt, da vom rechten Flügel der Arbeiterpartei und vom rechten Flügel des Generalrates (es sind dies die gleichen Elemente) **ein neuer Schwarzer Freitag vorbereitet** wird, sind wir berechtigt, mit Unruhe die Sachlage in Großbritannien zu betrachten, denn das Geschick des gesamten britischen Proletariats ist aufs Spiel gesetzt.

Wir folgen mit Beunruhigung den Ereignissen in Großbritannien, denn auf diesem Teilstück der britischen Kohlenfront werden die Arbeiter von neuem einen Kampf gegen das vereinigte Kapital, den bürgerlichen Staat und die rechten Führer der britischen Arbeiterbewegung zu kämpfen haben. Wir wissen, daß die britischen Bergarbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit von Unterwerfung nichts wissen wollen, daß sie den Kampf wollen. Sie können der wärmsten Sympathien und der vorbehaltlosen Unterstützung seitens der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt versichert sein — die Aktionskonferenz der Minderheitsbewegung hat dies in Großbritannien selbst gezeigt —, denn der Sieg der britischen Bergarbeiter ist unser Sieg, ihre Niederlage aber ist unsere Niederlage. Darum wird jeder ehrliche Proletarier für den Kampf bis zum Ende, bis zum Sieg sein.

Was wird vorbereitet?

Vor der Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses

Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der zum nächsten Dienstag einberufen ist, wird sich keineswegs auf die Erörterungen des Sachsenkonflikts beschränken. Die Spaltung in Sachsen ist ein Ausdruck der Tatsache, daß sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zwei grundsätzliche politische Auffassungen in aller Schärfe gegenüberstehen. Die ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter verlangen, daß eine proletarische Klassenkampfpolitik betrieben werde, währenddem die rechte Führerschaft der SPD. den Weg der Unterstützung der Bourgeoisie, der Preisgabe aller proletarischen Interessen zugunsten der Koalitionspolitik weiterhin gehen will. Nicht nur in Sachsen prallen diese Gegensätze aufeinander, überall im Reich rührt sich innerhalb der SPD. die Arbeiteroppposition gegen die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Der Sachsenkonflikt setzt also die Gegensätze innerhalb der gesamten sozialdemokratischen Politik wieder auf die Tagesordnung.

Da von der Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter das Zustandekommen einer geschlossenen, starken, proletarischen Kampffront abhängt, werden nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter der Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses mit Spannung entgegensehen. Was werden Parteivorstand und Parteiausschuß beschließen? Wie gedenken sie die Krise zu lösen? Werden die 23 Renegaten und ihre Hintermänner sofort aus der SPD. ausgeschlossen werden, wird die Tagung des Parteiausschusses für die SPD.-Politik einen Ruck nach links bedeuten?

Sollten in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter noch derartige Hoffnungen lebendig sein, so werden sie grausam zerstört werden. In der sozialdemokratischen Presse des Reiches wird die Tagung des Parteiausschusses eifrig vorbereitet und gewisse Stimmen führender sozialdemokratischer Blätter lassen bereits erkennen, wie man auf dem Parteiausschuß die Krise lösen will.

Die Spaltungsaktion der 23 sächsischen Renegaten soll zwar formell verurteilt werden, doch soll die Verurteilung dieses Vorgehens gegen die 23 dazu ausgenützt werden, mit um so größerer Rücksichtslosigkeit deren sachliche Politik für das ganze Reich durchzusetzen, die Opposition gegen die Koalitions- und Burgfriedenspolitik niederzuknüppeln. Das sozialdemokratische „Hamburger Echo" schreibt am 16. April:

„Wie das gebrannte Kind das Feuer, so scheut der linke Flügel der sächsischen Sozialdemokratie das Zusammengehen mit den Kommunisten, denen er erst kürzlich auf brünstiges Werben mit einem Korb geantwortet hat. Zur sächsischen „Eigenart" gehört es auch, nach besonders heftigen Erregungen in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen, so daß wir es noch für keineswegs ausgeschlossen erachten, daß die jetzige „radikale" Fraktionsminderheit, wenn sie erst tatsächlich zur Mehrheit geworden ist, zu allerlei Kompromißpolitik bereit sein wird."

In diesen Sätzen hat das „Hamburger Echo" den Operationsplan der rechten Parteibureaukratie dargelegt. Die Rechten täuschen sich auch zweifellos gar nicht, wenn sie darauf rechnen, daß die linken Führer, wenn man ihnen einige organisatorische Konzessionen macht, sachlich zu dem faulsten Kompromiß mit der rechten Bureaukratie bereit sein werden. Das wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe aller politischen Forderungen der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter, es wäre ein voller Sieg der rechten Bureaukratie. Alles, was die sozialdemokratischen Arbeiter bisher durch ihre Opposition durchgesetzt haben, wäre wieder verloren. Denn nachdem in der Frage der Reichskoalition und der Enteignung der Fürsten die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter zwei Erfolge erzielt haben, brennen die rechten sozialdemokratischen Parteiführer darauf, ihre Revanche zu nehmen, diese Erfolge wieder rückgängig zu machen und für die Zukunft den schärfsten Rechtskurs festzulegen.

Mit diesen Absichten decken sich die Taten der rechten Führerschaft in der letzten Zeit vollkommen. In geradezu provokatorischer Weise wurde gegen den Willen der oppositionellen Mitglieder die Regierung Luther gerettet, der Reichsrat hat willigt mit Einschluß des Etats für den Reichswehrminister zugestimmt. Der Gedanke des gemeinsamen Vorgehens von KPD., ADGB. und SPD. zur Durchsetzung der Erwerbslosenforderungen wurde von der rechten sozialdemokratischen Führerschaft mit aller Schärfe bekämpft. Nachdem durch das Volksbegehren erwiesen ist, welche Erfolge ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft bringen kann, drängen die rechten SPD.-Führer jetzt sogar mit aller Macht dahin, dem ungeheuerlichen Fürstenkompromiß der bürgerlichen Parteien die Zustimmung zu geben und damit den Fürsten und Monarchisten zu Hilfe zu kommen. Diese Frage der Zustimmung zum bürgerlichen Fürstenkompromiß wird auf dem bevorstehenden Parteiausschuß eine wichtige Rolle spielen. Die bürgerliche Presse hat recht, wenn sie schreibt, daß die Zustimmung der SPD. zu diesem Kompromiß die Vorbereitung für eine angestrebte künftige Große Koalition sei. Hartnäckig drängt die rechte Führerschaft der SPD. wieder zur Großen Koalition, obwohl sie sich dabei in schärfstem Gegensatz zu den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern stellt.

Entsprechend dieser Linie der bedingungslosen Unterstützung der Bourgeoisie, des schärfsten Kampfes gegen die Kommunistische Partei, der Verhinderung der proletarischen Einheitsfront, wird auch von der rechten Führerschaft die gemeinsame Maidemonstration abgelehnt und bekämpft. Wir wissen, daß die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter nicht widerspruchslos alle die Provokationen der letzten Zeit hingenommen haben. Wir wissen bestimmt, daß, wie in allen anderen Fragen, die sozialdemokratischen Arbeiter in Mitglieder- und Funktionärversammlungen verlangten, **daß am 1. Mai gemeinsam mit den Kommunisten vorgegangen werden soll.**

Auf der bevorstehenden Tagung des Parteiausschusses will die rechte Führerschaft versuchen, diese oppositionellen Regungen zu ersticken. Ein mehr oder minder schwächliches organisatorisches Vorgehen gegen die 23 sächsischen Renegaten soll dazu dienen, die Hilfe der linken Führer für die Politik der rechten Bureaukratie zu gewinnen. Das Gelingen dieses Planes hängt von der Wachsamkeit und Aktivität der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter ab. Die Antwort auf die Pläne des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die vom „Hamburger Echo" offen gelegt wurden, kann nur die sein, daß die oppositionellen Arbeiter in der SPD. den entsprechenden Gegenstoß führen, mit um so größerem Nachdruck auf ihren Forderungen bestehen und ohne Zögern überall im Reich mit den Kommunisten eine Kampfgemeinschaft gegen die rechte Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie eingehen. Diese Aktivität muß ihren Ausdruck besonders darin finden, **daß trotz aller Widerstände doch noch überall eine gemeinsame Maidemonstration durchgesetzt wird.** Ein solcher Erfolg wäre ein weithin sichtbares Zeichen der Linksentwicklung der gesamten Arbeiterschaft und eine mächtige Forderung für den weiteren Kampf.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich für die proletarische Klassenkampfpolitik mit aller Kraft einsetzen, wenn sie nicht erleben wollen, daß überall im Reich Koalitionsregierungen nach dem Beispiel der sächsischen Regierung entstehen, die nach den Worten der „Leipziger Volkszeitung" schamloser mit den Interessen der werktätigen Bevölkerung umgesprungen ist, als es die reaktionärste bürgerliche Regierung hätte tun können.

Die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter bleiben sofortiger Ausschluß der 23, außerparlamentarischer Kampf für Auflösung des Sächsischen Landtages, Bruch mit der Koalitionspolitik in allen Ländern, Sturz der Luther-Regierung, Auflösung des Reichstages und gemeinsame Front von KPD., ADGB. und SPD. gegen die Unternehmeroffensive.

Das Fürstenkompromiß verfassungsändernd?

Was tut die SPD.?

Berlin, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie die demokratischen Blätter melden, soll im morgen tagenden Rechtsausschuß des Reichstages das Gutachten der Reichsregierung vorgelegt werden, wonach das Kompromiß der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung verfassungsändernd ist. Zu seiner Annahme im Reichstag ist deshalb eine Zweidrittelmehrheit nötig. Das Reichsinnenministerium hatte bisher den Standpunkt vertreten, daß das Gesetz für die Fürsten mit einfacher Mehrheit angenommen werden könne.

Man darf nunmehr gespannt sein, welche Stellung die SPD. zu diesem neuen Kompromiß einnehmen wird. Nachdem für seine Annahme im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, dürfte das nur mit Zustimmung der SPD. möglich sein. Die SPD. wird sich also zu entscheiden haben. Der Parteiausschuß der SPD., der morgen zusammentritt, dürfte höchstwahrscheinlich auch in dieser Frage eine Entscheidung fällen.

2 Jahre Gefängnis für Asmus beantragt

Am Ende seines 7stündigen Plädoyers im Asmus-Prozeß beantragte der Staatsanwalt für jeden der 7 Fälle eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis, die in eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis zusammengezogen werden soll. Die Begründung für diesen Antrag stellt ungefähr den Gipfel der in diesem Prozeß zutage getretenen „Rechtsauffassung" des Staatsanwaltes dar. Asmus wird von ihm als ein „Geschöpf Zeigners" bezeichnet. Mit einer „unbegreiflichen politischen Kurzsichtigkeit" habe Asmus an die „Dauerhaftigkeit des Zeignerschen Regimes geglaubt und sein dienstliches Verhalten danach eingerichtet." Die Politik spiele in diesem Prozeß keine Rolle (!). Es sei nur zu untersuchen, „ob sich der Angeklagte mit dem Mob der Straße eins gefühlt" habe. Wegen des politischen Fanatismus des Angeklagten hat der Staatsanwalt dann, von Ehrverlust oder Zuchthausstrafe Abstand zu nehmen.

Noch ist das Urteil im Asmus-Prozeß nicht gefällt. Aber die bisherige Verhandlung hat gezeigt, daß auch das Gericht selbst und nicht nur der Anklagevertreter alles daransetzen werden, um den sozialdemokratischen Oberstaatsanwalt ins Gefängnis zu bringen. Der Fall Asmus ist kein Einzelfall. Er ist der Versuch der Klassenjustiz, ohne irgendwelchen beweiskräftigen Vorwand die Beamten, die sich nicht voll in den reaktionären Kurs einfügten während ihrer Tätigkeit im Jahre 1923, zu verurteilen. Der Fall Asmus dürfte als einer der krassesten der unverhüllten politischen Tendenzprozesse zu bezeichnen sein. Asmus hat keine andere „Sünde" begangen, als daß er sich nicht dazu hergab, sein Amt in dem in Deutschlnad gewohnten Maße im Interesse der Klassenjustiz gegen die Arbeiter zu gebrauchen.

Haftentschädigung für die freigelassenen Fememörder

Berlin, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsanwalt hat seinen Einspruch gegen das freisprechende Urteil im Fememordprozeß für die beiden ehemaligen Hauptleute der Reichswehr Gutknecht und v. Senden zurückgezogen. Den beiden wird für die „unschuldig erlittene Untersuchungshaft" eine Entschädigung zugebilligt. Senden hat bereits einen Antrag gestellt, daß man ihm eine Gehaltseinbuße von monatlich 300 Mark bis auf den heutigen Tag auszahlt und begründet das damit, daß er bis zu seiner Verhaftung Sekretär bei der Deutschvölkischen gewesen sei und bis heute noch keine andere Stellung gefunden habe. Wulle hat ihm zu diesem Zwecke bestätigt, daß Senden trotz des Freispruches nicht wieder beschäftigt würde, weil die Partei dadurch kompromittiert wäre.